



Hauptstadt-Bulletin

Neubau von Mietwohnungen wird angekurbelt

In erster Lesung hat der Bundestag einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung beraten. Im Rahmen der im Koalitionsvertrag vereinbarten Wohnraumoffensive soll das Gesetz die Grundlage für den Bau von insgesamt 1,5 Millionen neuen Wohnungen und Eigenheimen bilden.

Hintergrund der Wohnraumoffensive ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen. Durch die Sonderabschreibung sollen insbesondere private Investoren bewegt werden, preiswerte Wohnungen zu bauen. Die Maßnahmen der Bundesländer im Wohnungsbau sollen durch das Gesetz unterstützt werden. Gerade Mietunterkünfte im unteren und mittleren Preissegment sollen durch die gezielte Förderung entstehen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

den Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion zur Einstufung von vier weiteren sicheren Herkunftsstaaten - Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien - musste ich bei der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag am Donnerstag leider ablehnen.

Ich habe im Vorfeld der Abstimmung als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuss der FDP das Angebot gemacht, Ihren inhaltlich richtigen Gesetzesentwurf kurzfristig zu vertagen, um ihn nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen zügig zu beraten. Wir hätten dem FDP-Entwurf zusammen mit unserem eigenen, bereits fertiggestellten Gesetzesentwurf gerne zugestimmt. Damit dieses Gesetz aber überhaupt in Kraft treten kann, brauchen wir allerdings auch die Zustimmung des Bundesrates und sind daher auf die Unterstützung grün-mitregierter Länder angewiesen. 2016 haben wir im Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg mit Ministerpräsident Kretschmann diese Vereinbarung hinbekommen - für eine Mehrheit im Bundesrat reicht das leider noch nicht.

Nach der Hessenwahl am Sonntag in einer Woche hätten wir das Thema deshalb gerne außerhalb des Wahlkampfgetöses im Rahmen möglicher Koalitionsgespräche mit den Grünen in Ruhe verhandelt. Dass die FDP auf diesen naheliegenden Verfahrensvorschlag nicht eingegangen ist, zeigt vor allem eines: Es geht ihr nicht um die Sache. Der FDP geht es um eine billige Kampagne, mit der sie in Kauf nimmt, dass die Zustimmung im Bundesrat verhindert wird. Unseren eigenen Gesetzesentwurf werden wir aber auf jeden Fall im November in den Deutschen Bundestag einbringen.

Ihr 

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de



Vordere Reihe von links: Armin Schuster MdB, Josef Oster MdB, BPol-Präsident Dr. Dieter Romann

Innenpolitiker bei der Bundespolizei in Blumberg

Mitglieder der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion waren beeindruckt von den Fähigkeiten der Bundespolizei bei Gefahrenlagen. Armin Schuster und seine Kollegen aus der Unionsfraktion sprachen zunächst mit dem Präsidenten der Bundespolizei, Dr. Dieter Romann, über mögliche Verbesserungen in der Ausstattung und personellen Aufwuchs in dieser Wahlperiode. Anschließend führten Kräfte der Bundespolizei unter realen Bedingungen vor, wie sie bei bestimmten Gefahrensituationen agieren.

Amtsträger aus Lörrach und Umgebung im Bundestag

Der Kreisverband Lörrach des Gemeindetages Baden-Württemberg machte im Zuge einer zweitägigen Informationsfahrt nach Berlin einen Zwischenstopp im Deutschen Bundestag. Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Lörrach/Müllheim, CDU-Innenpolitiker Armin Schuster, lud die Bürgermeister zum Gespräch und spontan zu einer persönlichen Führung im Reichstagsgebäude ein. Der Kreisverbandsvorsitzende, Dr. Christian Renkert, und seine Kollegin Daniela Meier (Rümmingen), sowie die weiteren Kollegen aus dem hiesigen Landkreis trafen sich im Anschluss mit dem Experten für Stadtentwicklung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bernd Düsterdiek, zu einem Fachgespräch über neue Trends im Städtebau. „Das, was wir in Berlin entscheiden, wird letztlich in den Gemeinden realisiert. Deswegen ist mir der intensive Austausch mit den Bürgermeistern aus meinem Wahlkreis sehr wichtig“, sagte Unions-Abgeordneter Schuster.



Mehr Sicherheit im Alter

Die Große Koalition hat für eine bessere Altersabsicherung ein umfangreiches Rentenpaket auf den Weg gebracht. Es sieht die Festschreibung von Rentenniveau und Beitragssatz bis 2025 vor. Zudem werden Mütter- und Erwerbsminderungsrente deutlich gestärkt. Im Deutschen Bundestag wurde es jetzt in erster Lesung beraten. Zum 1. Januar 2019 bekommen Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Rentenpunkt in der Rentenversicherung gutgeschrieben. Damit wird ihre Erziehungsleistung künftig noch besser anerkannt. Davon profitieren knapp zehn Millionen Menschen in Deutschland. Außerdem wird es erhebliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben. Galt bisher, dass jemand, der wegen gesundheitlicher Probleme nicht weiterarbeiten kann, bei der Rente so gestellt wurde, als hätte er nur bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet, wird diese Zurechnungszeit nun auf die Regelaltersgrenze von 67 Jahren angehoben. Damit gilt das offizielle Renteneintrittsalter künftig auch bei Erwerbsminderung.

Bürgermeister und Bürgermeisterin aus dem Sprengel Markgräflerland besuchten den Reichstag



TERMINHINWEISE

27. Oktober 2018

Bezirksparteitag der CDU Südbaden
Beginn 9:30 Uhr | Singen am Hohentwiel

9. November 2018

Heimat und Kulturtalk mit Armin Schuster
19:30 Uhr | Theater Tempus Fugit, Lörrach

10. November 2018

Scheckübergabe SOS-Kinderdorf Schwarzwald
10:30 Uhr | Sulzburg

11. November 2018

10-jähriges Jubiläum der Synagoge Lörrach
14:00 – 15:00 Uhr | Rainstraße, Lörrach